

Preis: 32723 — Geschäftsstelle 32722  
Verlagskonto: Dresden Nr. 14797

# Sächsisches Volksblatt

# Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, W. 10, Schulstrasse 40

Wochenpreis: Monat 18 M., Einzelnummer 1 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich 4-mal, die Post aufgeben Postzeitung. Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Expeditionen wird die Post-Zustellung im nächsten Zeit. 30 min. vor 12 M. Die Zeitungs- und Post-Zustellung erfolgt durch den Postboten.  
Sprechstunden der Redaktion: 9-12 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich gekennzeichnete Briefe werden nicht beantwortet.  
Kontakte von Zeitungsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Anzeigenstellen in Dresden: Sächsische Buchhandlung, Inhaber R. und F. Schlichting, 6. in Dampfen; Franz Kurat, 44. in der Weißbiergasse 4

### Tageschau

Aus London verläutet, daß die französische Regierung den Normand ins Ruhrgebiet vordereite und daß General Nibel als Oberkommandierender der für das Ruhrgebiet bestimmten Streitkräfte in Aussicht genommen sei.

Das Revierbergamt in Karlsbad hat alle ihm unterstehenden Bergwerksbesitzer aufgefordert, ihm Verzeichnisse aller Werke und Grubenbesitzer, Praktikanten und Volontäre vorzulegen, die nicht in der tschechoslowakischen Republik heimaterchtigt sind. Das Blatt vertritt nicht, daß diese Erhebung die Grundlage zu Maßnahmen bilden soll, die gegen die in den Gruben eingestellten Reichsdeutschen gerichtet sein werden.

Facta ha dem König Dienstag nachmittag mitgeteilt, daß das neue Kabinett gebildet ist.

Der englische und der französische Oberkommissar in Konstantinopel konzentrierten die 11 000 internierten Truppen, um gegebenenfalls einzugreifen. Auf Drängen der französischen Regierung wurde eine aus 30 englischen Kriegsschiffen bestehende Flotte bereitgestellt.

Nach einer Meldung aus Breslau war am Ultimo (Montag) das Postfachamt Breslau, sowie die dortige Reichsbauhauptstelle zahlungsunfähig. Eine sehr große Anzahl von Betrieden war nicht in der Lage, ihren Angehörigen die fälligen Gehälter auszuzahlen, da sie auf ihre Guthaben weder beim Postfachamt noch bei der Reichsbank Geld erhalten konnten, weil die Kassen hier wie dort leer waren.

Der Volkshilfskassierer Krahnelt in Lübeck, der 4 Millionen Mark unterschlagen hatte, ist festgenommen worden. Das Geld wurde vollständig zur Stelle geschafft.

Die Sowjetregierung arbeitet einen Plan zur Veräußerung der Kunstgegenstände Russlands im Ausland aus.

Dardnalls Bemühungen soll es gelungen sein, im amerikanischen Eisenbahnerstreik eine Einigung herbeizuführen.

Die Ueberschweemmung in den Markthörngemeinden hat auch eine verheerende Wirkung auf den Verkehr aus. Die einzelnen Gebiete sind nur mit Mühen zu erreichen. Die Ernte ist vollkommen vernichtet.

In Bosanai (Rumänien) ist infolge außergewöhnlicher Hitze in der Kaserne des 3. Genieregiments durch Selbstentzündung ein Munitionsdépôt explodiert. Das Unglück forderte sechs Tote und zehn Verwundete. Der Materialschaden überschreitet vier Millionen Bel.

## Die Herren der Welt

Am achten Male jähren sich die Tage, in denen in einer beispiellosen, einhelligen und entschlossenen Stimmung das deutsche Volk aufstand, um die heimliche Erde zu verteidigen. Berauscht ist jede Stimmung der Opferbereitschaft, die damals in dem Volksgenossen nur den Freund und Bruder sah. Mit der langen Dauer des Krieges und seinem unheiligen Ausgange gar, hatte der Dämon im Menschen die Herrschaft angetreten. Heute haben wir uns gegen sehr viele Dämonen in Menschengestalt zu wehren nach innen und nach außen. Und was uns das Arbeiten und Schaffen nach all dem furchtbaren Erleben der letzten acht Jahre so schwer macht, das ist die Erkenntnis, daß immer und immer wieder alles, was wir unter Mühen, Opfern, Anstrengungen und Entzagen geleistet haben, und die denen, die wir im Kriege aus und nehmen mußten, zum mindesten gleichkommen, durch Sabotage von innen wie von außen zunichte gemacht wird.

Gerade in diesen Tagen haben wir ein Schulbeispiel für eine derartige Herdungsarbeit erleben müssen. Kaum, daß die Bewegung über die ungeheuerlichen Kontrollforderungen der Entente als Voraussetzung für die Prüfung des deutschen Einigungsantrages und Gewährung eines Moratoriums, das wiederum die Vorstufe für eine Anleihe sein soll, abgelehnt ist, wurde durch die Antwort des französischen Ministerpräsidenten Poincaré auf unser Gesuch um anderweitige und zwar auf einen längeren Zeitraum verteilte Zahlung der Summe aus dem Ausgleichsverfahren eine neue Lage geschaffen, die uns mit aller Schroffheit und mit der denkbaren Schärfe offenbar die Stellung zu Gemüte führen soll, in die wir durch den Kriegsausgang gedrängt sind. In ihrer Antwort hat die Reichsregierung mit Recht antwortend, daß die Politik der Drohungen nicht wieder aufzubauen, sondern zu zerstören ist. Dieser Gedanke ist in allen Erörterungen der letzten Jahre in aller Öffentlichkeit und im Parlament oft genug schon zum Ausdruck gebracht worden. Mit Diktaten und Ultimaten kann die Welt nicht regiert werden. Das weiß man allenthalben und sieht es auch überall ein. Aber man handelt nicht überall danach. Es ist nicht etwa ein Gefühl der Stärke und der Ueberlegenheit, wenn Frankreich immer und immer wieder mit Gewaltandrohungen und gegenüber austritt, wenn es auch jeht noch bei jeder Gelegenheit sein „Recht“, gegebenenfalls auch mit „Sonderaktionen“ militärischer und wirtschaftlicher Natur gegen Deutschland vorzugeben, vorhält, sondern es ist nichts anderes, als ein Gefühl der Angst, daß auch die kleinste Erschütterung die deutsche Wirtschaft insstand setzen könnte, sich wieder zu kräftigen und Frankreich sehr gefährlich zu werden. Es ist geradezu ein Fluch des Sieges, der auf Frankreich und seiner Politik haftet, daß es sich von diesem Wahne nicht losmachen kann und daß es, gepetit von diesem Wahne, immer und immer wieder den ganzen Kontinent, ja die ganze Welt in Flammen zu sehen droht.

Nun werden am 7. August in London zwei Männer zusammenkommen, um dort eine Entscheidung zu treffen, die das Urteil über das Schicksal von fast 500 Millionen Menschen in sich schließen wird. Die ganze Welt erwartet in febriler Spannung den Entschluß, den in gemeinsamer Besprechung Lloyd George und Poincaré formulieren werden, jene zwei Männer, die heute die Herren der Welt sind oder sich doch dafür halten. Niemand ist froher die Tatsache in die Erscheinung getreten, daß es bei weitem nicht die Völker, oder auch nur Ausfühler oder gewählte Vertreterungen aus diesen Völkern sind, die das Geschick ihrer Länder, oder die das Geschick der Welt beeinflussen, sondern daß die bestimmende Macht und Gewalt schließlich doch nur in den Händen einiger weniger Personen liegen. Und hier sind es nur zwei Menschen, wie andere auch, die es heute in der Hand haben, aus Europa mit einem Federstrich

## Die deutsche Antwortnote an Poincaré

Berlin, 1. August. Die deutsche Antwortnote auf das Schreiben Poincarés, die gestern Abend nach Paris abgegangen ist, wendet sich an den französischen Ministerpräsidenten als den Abwender und den Verfasser des zu beantwortenden Schriftstückes. Neben dem Inhalt erfährt die W. Z., daß die deutsche Regierung zunächst darauf hinweist, daß das Londoner Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 21. Juni 1921 nicht mit den einzelnen alliierten Regierungen, sondern mit deren Gesamtheit abgeschlossen worden war. Sie erklärt zugleich, daß auch die ultimative Form der französischen Note sie nicht bestimmen könne, von dieser Haltung abzugehen. Die Wirkungen auf den Markkurs, so wird betont, seien die gleichen, und es sei für dessen Entwicklung vollkommen gleichgültig, ob die Zahlungsmittel für die eine oder für die andere Verpflichtung beschafft werden.

### Die deutsche Antwort auf die französische Note

Berlin, 1. August. Die französische Regierung hat, wie mitgeteilt, am 26. Juli 1922 das deutsche Ersuchen vom 14. Juli 1922 um Herabsetzung der Restzahlungen für das Ausgleichsverfahren und aus dem Urteil des gemischten Schiedsgerichts, Artikel 297 C abgelehnt. Die Antwortnote der deutschen Regierung auf diese französische Note hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 31. Juli 1922  
Herr Ministerpräsident! Ich beehre mich, den Empfang der Note Ew. Erzelenz vom 26. Juli 1922 zu bestätigen. Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juni 1921 ist von Deutschland nicht mit den einzelnen Mächten, sondern von der Gesamtheit der beteiligten alliierten Regierungen abgeschlossen worden. Demgemäß ist die Note der deutschen Regierung vom 14. Juli d. J. an die französische Regierung auch gleichzeitig an die anderen beteiligten Mächte gerichtet worden. Die deutsche Regierung kann sich über ihre weitere Stellungnahme aus diesem Grunde erst schlüssig machen, wenn sich alle beteiligten Regierungen geäußert haben. Eine andere Haltung ist ihr auch angesichts der in ultimativer Form angebotenen nicht näher bezeichneten Maßnahmen Frankreichs nicht möglich. In-

dem sich die deutsche Regierung ein weiteres Eingehen auf die Sache selbst vorbehält, bemerkt sie schon jetzt:  
Die Zahlungen, die Deutschland im Ausgleichsverfahren aus Artikel 297 C leisten muß, können letzten Endes nur aus denselben Quellen geschöpft werden wie die Reparationszahlungen. Gleich sei, ob es sich um Schulden des Reiches oder um Privatschulden handle. In beiden Fällen bleibt die Notwendigkeit der Herausnahme von Devisen aus der gesamten deutschen Volkswirtschaft, die gleich für die Wirkung dieser Operation auf den Markkurs ist. Es ist ohne Bedeutung, in welcher Form und auf Grund welcher Paragraphen die Zahlung erfolgt. Wenn die deutsche Volkswirtschaft die Entziehung von monatlich 80 Millionen Goldmark für Reparationszahlungen nicht tragen könnte, so wäre es eine Illusion zu glauben, daß die Ausgleichszahlungen von fast 40 Millionen Goldmark weiterhin aufgebracht werden können. Alle diese Leistungen können nur als einheitliches Ganzes betrachtet und in einem einheitlichen Plan behandelt werden. Der deutsche Antrag, der nicht eine Kürzung der Ausgleichszahlungen, sondern lediglich ihre Verteilung auf einen längeren Zeitraum bezweckt, beruht auf denselben Gründen, die für die deutsche Regierung bei ihren Anträgen auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen maßgebend gewesen sind, nämlich auf der derzeitigen Erschöpfung der Zahlungsmittel Deutschlands zur Zahlung in ausländischer Währung, die in dem katastrophalen Niedergang der Mark deutlich zum Ausdruck kam. Nach Eingang der Note Ew. Erzelenz ist ein neuer Sturz der deutschen Währung eingetreten, und die Mark ist bis auf ein Hundertschillingstiel ihres Friedenswertes gesunken. Deutschland macht alle Anstrengungen, seine aus dem Kriege entstehenden Verpflichtungen zu erfüllen. Hierzu ist aber vor allem die Befundung seiner Volkswirtschaft notwendig. Diese wirtschaftliche Wiederherstellung wie die ganz Europas kann jedoch nur erfolgen durch die allseitige solidarische Zusammenarbeit aller Beteiligten. Eine Politik der Drohungen wirkt nicht wieder aufbauend, sondern zerstörend.  
Dr. Wirth.

### Englische Zirkulernote über die Kriegsschulden

London, 2. August. Nach einer Times-Meldung soll die englische Regierung gestern beschlossen haben, an alle alliierten Regierungen, sowie an das Kabinett in Washington eine Zirkulernote über die Frage der Kriegsschulden zu senden. Lord Balfour soll die Note bereits vor 14 Tagen vorbereitet haben. Der Inhalt der Erklärung soll ungefähr der sein, daß die in England von den alliierten europäischen Staaten geschuldeten Kriegsanleihen faktisch und moralisch von der englischen Kriegsschuld an Amerika ungetrennt seien.

### Lloyd George für Zulassung Deutschlands zum Völkerbundsrat

Am englischen Unterhause sprach Wednesday Benn, ob der Premierminister seinen wolle, welche Haltung die Regierung bezüglich einer Zulassung Deutschlands in den Völkerbundsrat einnehme. Lloyd George erwiderte, er könne seiner Erklärung vom 26. v. M. nichts hinzufügen. Wednesday Benn sagte, der Premierminister habe damals von der Zulassung Deutschlands zum Völkerbundsrat gesprochen. Seine Frage betraf aber nur den Völkerbundsrat. Lloyd George erwiderte, wir würden sicher dieses Gesuch beantworten.

### Die irischen Kämpfe

London, 1. August. Die südirischen Regierungstruppen nahmen Tipperary nach mehrtägigem Kampf.

### Generalstreik in Italien

Rom, 2. August. Das Zentralkomitee der Arbeiterorganisationen hat gestern nacht um 12 Uhr den Generalstreik in Italien proklamiert. Alle Arbeiterkategorien, alle Berufs- überhaupt alle Angestellten sind darin einbezogen. Das öffentliche Leben Italiens wird fast gänzlich stillgelegt, ausgenommen vom Streik sind allein die Eisenbahnanstalten, die Sozialisten haben diesen Entschluß gefaßt, um die gegenwärtige Ministerkrise unter Ausschluß der Reichsregierung und der Faschisten zum Abschluß zu bringen. Die Faschisten haben ihrerseits eine Proklamation gegen den Streik erlassen, in der sie die Arbeiter aufzurufen, zur Arbeit zurückzukehren und sich ruhig zu verhalten. Der Regierung stellen die Faschisten eine Frist von 48 Stunden, den Streik einzudämmen. Wenn dies nicht gelingt, wollen sie selbst einschreiten, um dem Streik ein Ende zu machen.

### Der Ausstand in Amerika

Neuer meldet aus New York: In Keiften, die genaue Kenntnis über die Streiklage hätten, werde berichtet, daß über die Friedensbedingungen im Eisenbahnerstreik infolge der Bemühungen des Präsidenten Harding bereits eine Einigung erzielt worden sei. Es bleibe zur Beendigung des Streiks übrig, daß die Bedingungen morgen endgültig auf der Versammlung der Vollauswahlschüsse der Eisenbahner und auf der Versammlung der Streikführer in New York bzw. in Chicago angenommen würden.

Aus Washington wird gemeldet: Die Regierung legte den Schiffahrtsgesellschaften nahe, sich mit Unkosten nur mit einer solchen Menge zu versehen, daß die Schiffe die nächsten Stationen erreichen können. Nach dem 1. August werde sie sämtliche fremden Schiffe erlauben, sich für ihre Rundreisen in fremden Häfen mit Kohlen zu versehen.

### Aus dem Ausland

#### Belgien gegen die Haltung Frankreichs

Berlin, 2. August. Wie die W. Z. aus Paris meldet, hat nach einer Meldung des Petit Journal Belgien beschlossen, gegen die Note Poincarés bei der Reparationskommission Einspruch zu erheben. Belgien begehrt diesen Einspruch damit, daß es sich um eine interalliierte Frage handle, und daß Frankreich nicht auf eigene Faust Forderungen aufstellen könne. Belgien ersucht die Reparationskommission, die Forderungen der Forderungen französischer Privatgläubiger an Deutschland in gleicher Weise zu untersagen, wie es bei ähnlichen Auslandszahlungen Deutschlands geschehen ist.